

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: H. Sebel, Petersstraße 18, F. Schiele, Emilienstraße 2.

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Subskription für die vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N.J. via New York

# Der Volksstaat

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

**Des Reformationsfestes wegen muß der „Volksstaat“ diesmal schon am Montag, statt Dienstag, gedruckt werden.**

### Geschäftsordnung für den Parteiaussschuß der sozial-dem. Arbeiterpartei.

§ 1. Der Ausschuss ist verpflichtet, innerhalb drei Tagen nach erfolgter Wahl sich zu konstituieren und die Konstituierung sofort im Parteiorgan anzuzeigen.

§ 2. Der Ausschuss ist verpflichtet, wöchentlich mindestens eine Sitzung zu halten und den regelmäßigen Sitzungstag im Parteiorgan bekannt zu geben.

§ 3. Zu einer Aufbewahrung der eingehenden Korrespondenz ist der Ausschuss, nachdem seine Mitglieder von dem Inhalt derselben Kenntnis erhalten, nicht verpflichtet, ausgenommen solche Schriftstücke, welche als Beleg für die Verwaltung der Partei unumgänglich notwendig sind. Dagegen ist über alle einlaufenden Briefe ein Verzeichnis anzulegen, welches die laufende Nummer, Datum des Eingangs, Ort und Name des Absenders enthält.

§ 4. Die Führung von Kopirbüchern für die Parteikorrespondenz ist dem Ausschuss, wie einzelnen Mitgliedern desselben verboten, dahingegen ist derselbe verpflichtet, zur Anlegung eines Verzeichnisses, für alle abgehenden Schriftstücke, welches laufende Nummer, Datum des Abganges, Angabe des Orts und der Person des Empfängers enthält.

§ 5. Der offizielle Verkehr mit politischen Vereinen und Organisationen ist dem Ausschuss, als gegen die in den meisten Staaten bestehenden Vereinsgesetze verstößend, untersagt.

§ 6. Alle Erlasse, Bekanntmachungen und Schriftstücke des Ausschusses haben nur dann offizielle Gültigkeit, wenn dieselben von mindestens 2 Ausschussmitgliedern unterzeichnet sind.

### Beschluss des Generalraths der Internationalen Arbeiterassoziation vom 19. Oktbr. 1871.

Die zu London vom 19. bis 23. September 1871 versammelte Delegirten-Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation hat den Generalrath beauftragt, öffentlich zu erklären:

Das Reichsjeff niemals Mitglied oder Agent der Internationalen Arbeiterassoziation war;

Das seine (durch den politischen Prozeß zu St. Petersburg bekannt gewordenen) Versicherungen, er habe eine Sektion der Internationalen zu Brüssel gestiftet und von einer Brüsseler Sektion eine Mission nach Genf erhalten, Lügen sind;

Das der besagte Reichsjeff den Namen der Internationalen Arbeiterassoziation usurpiert und ausgebeutet hat, um in Rußland Betrogene und Opfer zu machen.

London, den 25. Oktober 1871.

Im Auftrag des Generalraths:

Carl Marx, Sekretair für Deutschland und Rußland.

In Chemnitz, dem „Deutschen Manchester“, sind 8000 Arbeiter zum Strike gedrängt worden. Was die Arbeiter forderten, war gerecht: Der 10stündige Normalarbeitstag. Sie legten, wie selbst die Gegner zugeben, bei ihrem Vorgehen die größte Mäßigung an den Tag. Trotzdem verweigerten die Fabrikanten Alles: Die Arbeiter hatten sich feig zu unterwerfen oder den Handschuh aufzunehmen. Sie haben gethan, was die Pflicht, was die Ehre gebot. Sie haben es gethan im Vertrauen auf ihre arbeitenden Brüder. Deutsche Arbeiter, täuscht dies Vertrauen nicht! Bedenkt, daß von dem Ausgang des Kampfes in Chemnitz das Schicksal der Zehnstundenbewegung in Deutschland abhängt. **Thut Eure Schuldigkeit!**

Die Chemnitzer Arbeiter haben folgenden Aufruf erlassen:

### An die Proletarier aller Länder! Bürger!

Wie Euch Allen bekannt sein dürfte, haben wir seit einiger Zeit mit unseren Fabrikanten wegen Einführung der 10stündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes für Ueberstunden unterhandelt. Die Fabrikanten haben sich aber nicht bewegen lassen, nachzugeben; gestern war ihnen der letzte Termin anberaumt, den sie dazu benutzen um den Arbeitern hohnlachend ins Gesicht zu schlagen. Die Schuld der tiefverletzten Arbeiter ist nunmehr erschöpft, das Unterhandeln hat ein Ende, **die Arbeit wurde eingestellt.**

Etwa 8000 Maschinenbauer und Gießer befinden sich daher im Strike. — Der Geist ist ein vortrefflicher. Alles hat geschworen, unter keinen Umständen die Arbeit eher aufzunehmen als bis die Forderungen, welche nur zu billig sind, vollinhaltlich anerkannt werden.

**Arbeiter!** bedenkt, daß Chemnitz einer der Centralpunkte der deutschen Industrie ist, daß es für die Gesamt-Arbeiterschaft von der größten Wichtigkeit ist, wenn hier ein Sieg errungen wird, daß ein solcher Allen zu gute kommen muß. Hier ist jetzt die Avantgarde im Kampfe begriffen, müthig dringt sie vor gegen die Bastille des Kapitals. Möget Ihr Euch nicht allein als die Reservarmee betrachten, sondern auch mit

voller Kraft das Vordringen Eurer Mauerbrecher, der hiesigen Maschinenbauer erleichtern und so den Sieg ermbglichen!

Wir wissen recht gut, daß leichtsinnig kein Strike gemacht werden darf; daß zu diesem Mittel nur dann gegriffen werden darf, wenn die volle Gewissheit vorhanden ist, den Willen des arbeitenden Volkes zur Geltung bringen zu können, das stolze Kapital zu beugen vor der Arbeit, und wenn es einer Sache gilt, die nicht bloß am Orte, sondern überall angestrebt wird. Bei uns liegen aber eben die Dinge so, und darum **mußten** wir so handeln, wir konnten nicht anders; es war unsere Pflicht. **Schmach und Schande** würde nicht allein uns betreffen, wenn wir nachgegeben hätten, sondern die Arbeiter von ganz Deutschland würden dadurch der Bourgeoisie und ihrer elenden Schwindelpresse, ihrer für Geld schimpfenden Meze preisgegeben worden sein.

### 10 Stunden Arbeitszeit!

Ist unsre Forderung und muß die Forderung aller Arbeiter sein. — Haben wir einen Sieg zu verzeichnen, dann wird es an den meisten Orten gar keines Kampfes bedürfen; ganz von selbst wird der freche Uebermuth des Fabrikantenthums kleinlaut werden. Ueberall wird es schon genügen zu zeigen, daß man organisiert ist, um das Herz der Capitalismen zu erzittern zu machen, sie zur Rückziehligkeit zu bewegen. Also:

**Arbeiter steht! Steht hinter uns und wir werden und müssen siegen!**

Handelt, aber handelt rasch! Je mehr Ihr zeigt, daß Ihr mit aller Energie gewillt seid, unsere Forderungen, welche Ihr als die Euerigen anerkennt, unter jeder Bedingung durchzusetzen, je rascher Ihr Hand ans Werk legt, desto schneller werden wir am Ziele sein!

Sorget zunächst für Folgendes:

1. Verhindert jedweden Inzug!
2. Sucht zu erforschen, in welchen Fabriken vorläufig Maschinenbauer und Gießer untergebracht werden können und zeigt uns dieses sofort an!
3. Sorgt für Unterstützungen!

Die hiesigen Fabrikanten glauben, daß wir allein stehen; an Euch liegt es nun zu beweisen, wie falsch diese Annahme ist.

Es lebe die Vereinigung der Proletarier aller Länder!

Es lebe die Sozial-Demokratie!

Chemnitz, den 28. Oktober 1871.

Im Namen der sozial-demokratischen Arbeiterpartei:

J. Most.

Im Namen aller Arbeiter

der hiesigen Maschinen-Fabriken und Gießereien:

Das Central-Komitee.

NB. Alle In- und ausländischen arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, vorstehendes Schreiben sofort abzu- drucken, wie überhaupt jeder Arbeiter für die weiteste Verbreitung desselben Sorge tragen muß.

Briefe und Gelder u. sind einzusenden: „An das Central-Komitee, zu Händen des Bürgers Fried. Husmann (Strellers Restauration), Färberstraße, Chemnitz.

### Politische Uebersicht.

Vom Berliner „Reichstag“ ist nichts zu vermelden, als daß Lasker noch nicht gesprochen hat. Oder sollte er etwa jetzt Richter heißen? —

Das es mit dem „Respekt nach Außen“, dessen das „Neue Reich“ genießen soll, nicht weit her sei, haben wir wiederholt angedeutet; noch schlimmer scheint es aber mit dem Respekt nach Innen bestellt zu sein. Der Vertreter, Repräsentant, sozusagen die Personifikation des „Neuen Reichs“, ist doch unstrittig der Kaiser Wilhelm, auch „Heldengreis“ genannt. Nun — in Sachsen sind allein über Hundert Personen jetzt wegen Majestätsbeleidigung des Kaisers in Untersuchung (wegen Majestätsbeleidigung des Königs von Sachsen bloß Einer), und im übrigen Deutschland soll die Zahl sich auf das Zehnfache belaufen. Jedenfalls, so versichert uns ein Jurist, sei niemals seit Menschengedenken, selbst nicht 1848 und 1849, das Vergehen der Majestätsbeleidigung so häufig gewesen, als jetzt. Und daß Majestätsbeleidigung nicht aus „Respekt“, sondern aus dem Gegentheil von Respekt entspringt, werden wir wohl nicht zu beweisen haben. —

Weiße Sklaven. Man schreibt uns aus Gotha, d. d. 22. Oktober. „Nachdem sich die Bourgeoisie in die Arme der Regierung und unter den Schutz der Bajonette geworfen, hat die hiesige Schützengesellschaft, um ein recht intimes Verhältnis mit den Bajonetten zu unterhalten, Offiziere und Unteroffiziere zu ihrem Prämienschießen eingeladen. Zum Schluß des Festes wurde nach Vertheilung der Gewinne auch noch ein freier Trunk gegeben, und es waren die Leute meist in recht angenehmer Stimmung. Daher kam es, daß der Sergeant Usbeck und der Unteroffizier Kern, die erst einige Tage vorher einberufenen Rekruten Nachts 12 Uhr aus den Betten trieben und Exercitien mit ihnen durchmachten. Da das Exercitium nicht recht gehen wollte, traktirte Usbeck die armen Leute mit Schlägen und hieb dabei dem Rekruten, der zu dieser Uebung leuchten mußte, die Lampe aus der Hand, so daß Milchglas und Cylinder in vielen Scherben am Boden lagen. Jetzt mußten diese armen Rekruten barsfuß, wie sie waren, auf diesen Scherben marschiren, so daß zwei am andern Morgen für

dienstuntauglich erklärt wurden. Damit noch nicht zufrieden, mußten die Rekruten auch noch bis früh 7 Uhr die Stube scheuern, wobei die Chargirten aus ihren Betten zusahen und Befehle erteilten. Es soll eine strenge Untersuchung eingeleitet sein; aber wie dieselbe auch ausfalle — nur im Volksheer können solche Uebelstände beseitigt werden.“)

In Oestreich ist die Entscheidung vertagt worden; der Kaiser hat im letzten Moment konstitutionelle Gewissenskrampfen bekommen und Graf Hohenwart mußte in Folge dessen seine Entlassung einreichen.“) So wäre Hohenwart also ein verfehlter Bismarck, weil Franz Joseph ein verfehlter Wilhelm ist. —

Ueber den „Pester Hochverrathprozeß“ veröffentlicht „ein Betheiligter“ im „Volkswille“ folgende Details:

„Freitag den 20. d. M. wurden 15 der auf Hochverrath angeklagten Arbeiter bis zur Verhandlung auf freien Fuß gesetzt. Die übrigen 12, nämlich: Fortas, Kalföldi, Poltner, Jhrlinger, Svoboda, Epl, Schäffler, Rauch, Szopfo, Rauchmoul, Führer und Holländer befinden sich noch in Haft. Einer der Verhafteten Namens Carl Eisel, Mitglied der „Internationalen“, ist während der Haft gestorben. Ueber die muthmaßliche Ursache seines Todes kann ich Folgendes angeben: Eisel erkrankte sich zur Zeit der Verhaftung der besten Gesundheit, es darf sich aber Niemand wundern, wenn er der Wucht der über uns einströmenden Ereignisse dennoch erlegen ist. Zuerst im Stadthause untergebracht, mußten wir 10 Tage auf bloßem Stroh, welches später zur Streu wurde, bei täglich 1/2stündiger Lüftung campiren. Mit Essen und Trinken wurden wir von den Mitgliedern des bestehenden Allgemeinen Arbeiter-Vereines besorgt, sonst hätten wir verhungern müssen. Nach 10 Tagen wurden wir in der Nacht in ein dem Magistrate gehöriges Gebäude gebracht, wo wir, 16 an der Zahl, in einen Keller geworfen wurden, in welchem es von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer wimmelte. Ja des Nachts konnten wir diese unlieblichen Gäste gar nicht von unseren Gesichtern verschrecken, hauptsächlich aber wurde Eisel von denselben so zerfressen, daß der ganze Körper, vorzüglich aber das Gesicht, von Beulen und Wunden bedeckt war. Dennoch mußten wir aber 5 Tage in diesem Loch zubringen, während welcher Zeit und auch in den nächstfolgenden 16 Tagen wir niemals in die frische Luft kamen und auch schon manchmal Hunger leiden mußten. Von diesem Keller wurden wir dann in ein Zimmer im 1. Stock gebracht, wo uns Anfangs täglich 2 mal und zwar früh und Abends je eine halbe Stunde ein Fenster geöffnet wurde. Erst 3 Wochen nach unserer Ankunft aus dem Stadthause durften wir täglich früh eine halbe Stunde frische Luft schöpfen. Wenn man bedenkt, daß wir 16 Mann in einem Zimmer untergebracht waren, so kann man sich denken, welchen Einfluß dies auf die Gesundheit eines Menschen macht. Und als später noch durch 4 Tage wir von Augen auch nicht einen Bissen zu essen bekamen, da wurden auch die Stärksten niedergerafft. Zu dieser Zeit kam auch Eisel in ärztliche Behandlung und wurde von Tag zu Tag schlimmer. Als wir dann nach Waizen überführt wurden, meldete er sich offogleich bei dem dortigen Arzt, welcher aber mit den Worten: „bis morgen werden Sie nicht sterben“ wieder verschwand und auf siebenmaliges Verlangen nicht wieder erschien, bis Eisel schon anfang, Blut zu speien. Dann wurde er in das Spital gebracht. Nun ist aber im Spital die mehr als unmensliche Einrichtung, daß der Kranke nicht mehr Medicamente bekommen darf als für 8, höchstens aber 10 Kreuzer, und darum jeder unrettbar verloren ist, dessen Heilung vielleicht eine Ausgabe von 12 Kr. täglich erfordern würde. Dies hat auch zur Folge, daß 25 Prozent der Gefangenen jährlich ihren Tod finden.“)

„Als Eisel nun in das Spital gebracht wurde, war bereits sein Zustand so verschlimmert, daß an sein Aufkommen und noch unter solchen Verhältnissen, gar nicht zu denken war. Als dies die Direktion einsah, fand sie sich bewogen, den Kranken wieder nach Pest zu transportiren und in einem dortigen Spital unterzubringen, wo er auch nach kurzer Zeit, am 15. d. s. seinen Leiden erlag.“)

„Durch dieses Beispiel will ich die hiesigen Zustände etwas beleuchten, welches später ausführlicher geschehen soll. Auch muß ich noch etwas über die Art und Weise unserer Freilassung bemerken. Wir wurden nämlich 5 Uhr Abends im buchstäblichen Sinne des Wortes ohne alles Reisegeld, bis auf den letzten Kreuzer entblößt, vor die Thüre gesetzt, und wären wahrscheinlich auf dem Wege nach Pest zum größten Theil liegen geblieben, wenn es uns nicht gelungen wäre, von ganz fremden Personen leihweise so viel Geld zu bekommen, daß wir wenigstens mit der Bahn nach Hauze fahren konnten, welches Geld wir jetzt wieder zurückzahlen haben.“)

Soweit der Bericht im „Volkswille“. Und eine „Civilisation“, die solche Infamien begeht, glaubt das Recht der Exstirpation zu besitzen?

\*) Die wir nach Schluß der Redaktion erfahren, sind Usbeck und Kern zu 3 Wochen Mittelarrest verurtheilt worden — was allerdings sehr „mild“ ist.

\*\*) Hat sich als falsches Gerücht erwiesen. Hohenwart ist noch im Amt, und hat Aussicht, die allerhöchsten Gewissenskrampfen zu überwinden und dann ein gelungener Bismarck zu werden.

## Sozialismus und Kommunismus.

Von Dr. Boruttiau.\*)

In Nr. 73 unseres Parteiorganes findet sich eine auf das Wesen des Sozialismus bezügliche Erklärung, die mich, weil ich mit derselben nicht übereinstimmen kann, zu den nachfolgenden Bemerkungen veranlaßt.

Es ist nach meiner Ansicht eine nicht zutreffende oder wenigstens eine ganz ungenügende Begriffsbestimmung, wenn die Redaktion d. Bl., um eine irrthümliche Auffassung des Dr. Siebenhaar zu berichtigen, sagt: „**der Kommunismus ist der durchgeführte Sozialismus.**“

**Der Sozialismus ist nach meiner Anschauungsweise eine neue Weltanschauung, welche sich auf religiösem Gebiet als Atheismus, auf politischem als Republikanismus und auf ökonomischem Gebiet als Kommunismus ausdrückt.**

Sie werden mir, wenn ich mir herausnehme, diesen meinen Standpunkt Ihnen als einen, die klare Uebersicht sehr erleichternden anzupfehlen, nicht die Einwendung machen, daß der Sozialismus mit Religion und Politik Nichts zu thun habe, sondern einzig und allein eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, eine ökonomische Revolution bezwecke.

Die so eben von mir aufgestellte Erklärung ist vor dieser Einwendung Ihnen gegenüber durch den Umstand geschützt, daß Sie oft und mit großer Entschiedenheit darauf hingewiesen haben, es sei die sozialistische oder Arbeiterbewegung keineswegs eine rein ökonomische, sondern ebensosehr eine durchaus politische.

Die Redaktion des „Volksstaat“ hat wiederholentlich es als einen gefährlichen Irrthum dargestellt und sehr angelegentlich davor gewarnt, die Arbeiterbewegung als eine solche zu betrachten, welche rein wirtschaftliche Ziele zu verfolgen und von der politischen Agitation sich grundsätzlich fern zu halten habe. Dem „Volksstaat“ brauche ich es nicht ausführlich darzulegen, daß die sozialistische Bewegung den bestehenden, auf konservativen oder reaktionären Grundsätzen beruhenden Staaten feindlich gegenüber tritt und dieselben von Grund aus umzugestalten bestrebt sein muß. Wenn ich mir dennoch gestatten werde, die politische Bedeutung des Sozialismus hier mit einigen Worten zu erörtern, so wendet sich diese meine Mahnung zu schärferer Beachtung der vorliegenden Streitfrage weniger an die Redaktion des „Volksstaat“, als an andere Repräsentanten und Organe unserer Partei, welche die Ansicht vertreten, daß die Sozialisten sich um politisches Leben und Treiben durchaus nicht bekümmern dürften.

Ehe ich zu näherer Beleuchtung dieser Streitpunkte gelange, halte ich es jedoch für nöthig, die Leser unseres Parteiorganes auf eine andere Frage aufmerksam zu machen, die nach meiner Ansicht nicht nur im „Volksstaat“, sondern überhaupt in der literarischen Vertretung unserer Parteiprinzipien bisher nur eine sehr unzulängliche und wie mir scheint oberflächliche Erleuchtung gefunden hat; ich meine die Frage nach der religiösen Bedeutung der sozialistischen Bewegung.

Ich habe in meiner obigen Erklärung, wo ich den Sozialismus als eine auf religiösem Gebiet den Atheismus vertretende Weltanschauung definierte, absichtlich diese Behauptung vorangestellt, weil nach meinem Dafürhalten die ganze sozialistische Bewegung unverständlich ist, wenn man es verabsäumt, über diese, die religiöse Seite derselben, ein genügend klares Licht zu verbreiten.

Der Götter- oder Gottesglauben (Theismus), wie wir ihn in den verschiedenen Gesellschaftsorganisationen des sogenannten historischen Zeitalters vorfinden, war nicht etwa eine nebensächliche oder zufällige Erscheinung, sondern bildete, wie sich unwiderleglich erweisen läßt, die eigentliche Grundlage derselben. Sitte, Kirche und Staat aller theistischen Völker waren auf der unbedingten Autorität jener fingierten Personen begründet, als deren bloße Stellvertreter die Inhaber des Sittenwächteramtes, so wie der kirchlichen und staatlichen Gesetzgebung und Macht angesehen werden.

Allerdings war auch das Entstehen des Theismus nichts Zufälliges, vom Himmel Gefallenes, sondern hatte seinen Grund in dem vorausgehenden Kulturzustande der Völker. Und die traurige Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ökonomische Hilflosigkeit war gewiß nicht einer der geringsten Beweggründe zur Aufstellung jener erdichteten Helfer.

Also daß das Zustandekommen der theistischen Vorstellungen nicht vollständig erklärt werden kann, ohne die wirtschaftliche Lage der Völker, in der dieselben zuerst auftraten, genügend zu berücksichtigen, soll von mir keineswegs geleugnet werden, doch wird mir zugegeben werden müssen, daß das Studium der ökonomischen Wissenschaft und der historischen Entwicklung des wissenschaftlichen Zustandes der Völker allein nicht genügt, um das Entstehen des Theismus zu erklären, sondern daß diese Aufgabe nur durch eine eingehende Würdigung der **gesamten** Anthropologie unter Befolgung einer allseitig präsidierenden, fortschreitend vergleichenden Methode, genügend gelöst werden kann. Weit davon entfernt, den großen Einfluß der wirtschaftlichen Lage der Völker auf die Gestaltung der religiösen Vorstellungen und somit der kirchlichen und staatlichen Einrichtungen zu leugnen, erkenne ich es vollständig an, daß die verschiedenen Sittenregeln und das Kirchen- und Staatsrecht zu allen Zeiten sehr wesentlich durch die ökonomischen Verhältnisse bedingt wurden; mit um so größerer Entschiedenheit bestreibe ich dafür nun aber auch darauf, daß man sich die Mühe gebe, es einzusehen, daß die jedesmal bestehenden Sitten-, Kirchen- und Staatsgesetze eine unverkennbare Rückwirkung und einen gewaltigen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben der Völker und somit der gesamten Menschheit ausgeübt haben und noch ausüben.

In Betreff der Staatsgesetze, wie gesagt, wird dieses von Seiten des „Volksstaat“ zugegeben. Wie aber kann man es verkennen oder unbeachtet lassen, daß diese, die Staatsgesetze, durch die bestehenden religiösen Vorstellungen und ihren unmittelbaren äußerlichen Repräsentanten, die Kirche, beeinflusst werden! Die Monarchen (tyrannoi, reges, Könige und rois) haben diesen gewaltigen Einfluß niemals verkannt und haben es sich eifrigst angelegen sein lassen, den Glauben an die Existenz und an die Macht resp. an die Güte oder an den Zorn „himmlischer Herren“, für deren irdische Bevollmächtigte sie sich (bona oder mala fide) ausgeben, bei ihren Untertanen zu kultiviren. Die bevorzugte und bevorrechtete Stellung dieser

„Herren“ und ihrer diversen Trabanten vom Vizekönig bis zum Familienvater herab würde längst eine unhaltbare und gänzlich unmögliche geworden sein, wenn dieselben nicht in der religiösen Vorstellung der Menschen, daß es allmächtige Personen gebe, deren Wille in den bestehenden Moral-, Kirchen- und Staatsgesetzen ausgeprägt sei, ihren festen Stützpunkt gefunden hätte. Ohne die fingierten (von der Einbildungskraft erzeugten) Götter, denen Gehorsam zu leisten als höchste Gewissensforderung galt, wären die Fürsten und ihre zwar gleichfalls eingebildete, aber trotzdem sehr sichtbare, reelle und handgreifliche Macht eine Unmöglichkeit.

Es ist demnach ein grober Irrthum, durch welchen eine sehr verderbliche Vernachlässigung einer durchaus notwendigen Agitation verschuldet wird, wenn man sich der Vorstellung hingiebt, als seien die bestehenden kirchlichen Einrichtungen, welche den alten theistischen Glauben aufrecht zu erhalten bestimmt sind, für das Gelingen der sozialistischen Revolution gleichgültig oder von untergeordneter Bedeutung. Die Hoffnung auf ein befriedigendes Gelingen der sozialistischen Revolution ist eine schwärmerische Utopie, so lange man es verabsäumt, durch allgemeine und gründliche Volksaufklärung den Gottesaberglauben auszurotten. Da dieses zu thun niemand anders als die Sozialisten selber fähig oder willens ist, so ist es unsere Pflicht diese Arbeit mit Eifer und Hingebung zu erfüllen und niemand anders ist des Namens eines Sozialisten würdig, als wer, selbst Atheist, der Ausbreitung des Atheismus mit allem Eifer seine Anstrengung widmet.

Also die Redaktion des „Volksstaat“ wird, wenn sie konsequent sein will, zugestehen müssen, daß es unmöglich ist, die Nothwendigkeit der gegen den Staat gerichteten politischen Agitation anzuerkennen und gleichzeitig die Nothwendigkeit der gegen die Kirche (die Fundament und Unterbau des Staates ist) gerichteten, der religiösen Agitation, zu leugnen.

Die Nothwendigkeit der politischen Agitation wird aber nicht von Allen, die sich zur sozialistischen Partei zählen, anerkannt, und an diese habe ich mich nun schließlich noch mit einer kurzen Betrachtung zu wenden. Die Vertreter der Ansicht, daß die Arbeiter sich behufs Durchführung der kommunistischen Bestrebungen einfach mit einander einigen, organisiren und der Politik gänzlich den Rücken zuzehren sollen, zerfallen in zwei verschiedene Gruppen, deren die eine diesen Rath als eine prinzipielle Forderung hinstellt, während die andere ihn aus Gründen der Zweckmäßigkeit, der Taktik zu erwägen giebt.

Die Bedeutung der Forderung der ersten Gruppe würde unverständlich und unsinnig erscheinen müssen, wenn man es unterläßt, sich daran zu erinnern, daß ein Wort oftmals im Munde verschiedener Leute einen verschiedenen Sinn hat. So auch das Wort Politik. Wenn man, wie die Vertreter dieser Ansicht es thun, das Wort Staat in dem Sinne gebraucht, daß man darunter eine Anstalt versteht, welche die Autorität gewisser bevorrechteter Personen oder Klassen durch List und Gewalt aufrecht zu erhalten bestimmt ist, wenn man dieses als den allgemeingiltigen Begriff des Wortes Staat aufstellt, so kann begreiflicher Weise von einer Betheiligung der Arbeiterpartei am staatlichen (politischen) Leben nun und nimmer (auch nach dem Untergang der zur Zeit bestehenden Bourgeoisstaaten nicht mehr) die Rede sein, und das Streben nach Errichtung eines „freien Volksstaates“, eines sozialistischen Staates, schließt für Alle, welche diese Definition des Begriffes Staat für richtig halten, eine *contradictio in adjecto*, einen innern Widerspruch in sich. (Schluß folgt.)

Berviers, 16. Oktober. Seit vielen Jahren haben die Industriellen aus dem Luxemburgischen, namentlich die aus Hamm, ihren Kollegen eine äußerst verderbliche Konkurrenz gemacht, und trotzdem sehr schöne Prozente verdient. Diese Herren zahlen nämlich ihren Arbeitern kaum die Hälfte des Lohnes, der anderwärts gang und gebe ist. Leute, die hier 2 $\frac{1}{2}$  bis 3 Franken per Tag verdienen, werden da mit 1 $\frac{1}{2}$  bis 1 $\frac{1}{4}$  Frks. entlohnt. Durch einen kleinen Grundbesitz an den Ort gefesselt, und nicht über den engen Horizont hinauszusehen gewohnt, ließ man Alles beim alten Schlandrian, verlangte weder Lohnverbesserung, noch Reduktion der Arbeitszeit, sondern sah die Fabrikanten als die größten Menschenfreunde an, und achtete sie ungemein hoch.

Seit einigen Monaten haben sich aber die Umstände verändert; die verschiedenen Handwerker haben sich versammelt, berathen und, dem Beispiel anderer Orte folgend, Lohnerböschung und Stundenverminderung verlangt, und auch sofort bewilligt wurden. Die Arbeiter der Schafwollwaaaren-Industrie allein waren es, die gleichgültig zusahen, obgleich viele Freunde, und tüchtige Demokraten unter ihnen zu finden sind. Erst durch den in die Augen springenden Erfolg ihrer Kollegen, sahen sie sich veranlaßt, zusammenzutreten, und in corpore der Internationalen beizutreten.

Die Fabrikanten, namentlich Herr Louis Godchaux, (ein reich gewordener Elässer Pinteljude), sahen in dieser Vereinigung den Untergang ihrer Privilegien, und den Grundstein zur Emanzipation ihrer weißen Sklaven, und glaubten, weil sie eine feste Organisation für später zu fürchten hatten, den Freiheitsfunken in seiner Wiege ersticken zu müssen.

Herr L. Godchaux ließ einen der Parteigenossen, dem er viel Einfluß auf seine Kollegen zutraute, nach dem andern, auf sein Comptoir rufen, und verlangte von demselben, daß sie ihre Unterschrift, betreffs der Affiliation (des Anschlusses) an die Internationale zurückziehen sollten, und präsentirte ihnen zu diesem Zwecke eine bereit gehaltene Liste. Die beiden ersten Arbeiter weigerten sich entschieden, obwohl sie deshalb sofort entlassen wurden, und obwohl die 4 im Nebenzimmer sich befindlichen Gensdarmen ihr Möglichstes gethan, um durch Nase zur Thür hineinstechen und Säbelgellirt unsere Freunde einzuschüchtern. Vier darauf folgende waren sofort bereit, dem Wunsche Godchaux's nachzukommen, der seine Freude durch sein Lieblingswort: Gott sei getrommelt und gepfeiffen! Luft machte; allein die nun kommenden Arbeiter erklärten einmüthig, sie seien erst nach reiflicher Prüfung der Internationalen beigetreten, und gedächten auch dabei zu bleiben. Herr Godchaux hatte der Zumuthung, den Verein zu verleugnen, einen Vortrag über denselben vorausgehen lassen, und darin das höchste in Schwarzfärberei geleistet. Der meinem Brief bei-

liegende Artikel \*) der „Luxemburger Volkszeitung“, vom 27. September, diente als Leitfaden, für diese improvisirte Vortragspredigt, und die administrativen Anordnungen.

Herr Godchaux hat, ohne zu wollen, unserer Partei einen großen Dienst erwiesen, und durch die Unterdrückung dieser freien Regung den entgegengekehrten Erfolg hervorgerufen, den er erreichen wollte.

Obwohl ein großer Theil der dortigen Arbeiter wenig von Logik weiß, haben sie doch sofort die Haltlosigkeit der Beschuldigung: die Parteiprediger wollten sie nur ausnützen, eingesehen, und öffentlich bekundet, indem sie sagten: was kann man uns stehlen, oder abschwindeln, nachdem man uns nur die Augen zum Weinen übrig läßt? Solche Beschuldigungen fallen am leichtesten von selbst, und nur so ein tiefer Denker, wie Herr Godchaux kann schweres Belagerungsgeschütz dagegen auffahren. Der größte Theil der besten Arbeiter des Herrn Godchaux hat Hamm verlassen und weilt in unserer Mitte, wo sie Beschäftigung und Freunde gefunden haben. Die Zurückgebliebenen thun ihr Bestes, um den gestreuten Samen zur Reife zu bringen, und alle Hoffnung auf viele kräftige Sektionen ist vorhanden. In meinem nächsten Briefe werde ich Ihnen auseinandersetzen, warum Herr Louis Godchaux, so große Furcht vor der Internationalen hat.

Was den hiesigen Stand der Partei betrifft, so kann ich Ihnen gute Nachrichten geben; es sind seit dem 8. Oktober zwei neue Widerstandsklassen (Stritelassen) für die Presser und die Heizer gebildet worden. Betreffs der vorgeschlagenen Zehnstunden-Liga hat dieser Tage eine allgemeine Parteiversammlung stattgefunden, die ein provisorisches Comité ernannt, und einen von den Sektionen, Widerstandsklassen und Delegirten der einzelnen Fabriken zu beschickenden Congress für den 22. nächsten Monats anberaumt hat. 9 der größten Fabriken, die eine Mitgliederzahl von 734 Männern und 586 Frauen und Kindern ausmachen, haben ihre lokalen Administratoren ernannt, und bereits zweimal die wöchentlichen Beiträge erhoben. Nächstens ausführlichen Bericht über die Liga.

Im Cupner Arbeiterkafé, dessen Präsident, Herr Plär, erklärt unsere Delegirten nicht annehmen zu können, noch überhaupt in Verbindung mit dem Arbeiterverein zu treten, da er und der Verein katholisch sei und bleiben wolle, finden dennoch freie Regungen statt, die der Oberbürgermeister Becker, (der arme Ritter von Hundsrück), dadurch zu unterdrücken dachte, daß er ein Namensverzeichnis der Mitglieder verlangte, was ihm jedoch geradeheraus abgelehnt wurde, mit Hinweis auf das Koalitionsgesetz.

Sie werden von nun an von den Parteigenossen und mir am Laufenden über die Ereignisse in unserer Gegend und über den Stand der Partei erhalten werden. \*)

Im Namen der deutschen Sektion  
P. B.

Genf, den 20. Oktober. Morgen feiern wir das Stiftungsfest der Internationalen Arbeiter-Assoziation, wozu wir folgenden Aufruf erlassen haben:

„Arbeiter und Arbeiterinnen!  
Der Sektionsbund von Genf hat eine Feier des Gründungsfestes unseres allgemeinen Bruderbundes beschlossen. Wir kommen daher, alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Genf weilen und daselbst anlangen werden, zu unserm Brudersfest freundlich einzuladen, einzuladen alle diejenigen, welche die dringende Nothwendigkeit der Verbesserung des Looses der Arbeiterklasse fühlen, ja, alle diejenigen, welche Sympathien empfinden für die große Arbeiterbewegung, die sich zur Befreiung des Proletariats durch die ganze Welt vollzieht.

Unsere Assoziation ist der treueste Ausdruck dieser unwiderstehlichen Bewegung. Raum seit 7 Jahren in Selbsterzeugung geboren, hat der Internationale Bund, vom allgemeinen Bedürfnis der Arbeiterklasse, die politischen und ökonomischen Sklavenketten zu brechen, getragen, riesige Fortschritte gemacht und inmitten grausamster Verfolgung zur Geltendmachung gerechter Ansprüche, Siege auf Siege errungen. Von Tag zu Tag erweitern sich unsere Reihen, alsbald das ganze Proletariat umfassend; denn das Proletariat begreift mehr und mehr, daß es nur durch eine allgemeine und solidarisch bindende Organisation sicher triumphiren, die ihm von seinen Feinden in den Weg gelegten Hindernisse übersteigen und die Befreiung der Arbeit vollenden kann.

„Also in diesem Augenblick, wo die großen und kleinen Sendlinge der europäischen Reaktion sich gegen das Recht der Arbeit verschwören; wo die abscheulichsten Verläumdungen, die dümmsten Lügen die ohnmächtige Wuth unserer Feinde beweisen, da wollten wir die Gelegenheit unseres Festes benutzen und unsere menschenfreundlichen Grundsätze, unser Emanzipationsziel am hellen Tag vor aller Welt verkünden. Es ist gut, einmal lauter als sonst darzulegen, daß unser Werk das größte des 19. Jahrhunderts ist, denn es ist das Werk aller Arbeiter ohne Ausnahme. Seid uns darum willkommen Arbeiter und Arbeiterinnen von allen Gewerken, von allen Berufsarten und aus allen Ländern! Kommet Alle, Alle! Ihr Brüder und Schwestern, die Ihr schon Proben Eures Eifers für die Arbeitersache abgelegt habt, und Ihr Brüder und Schwestern, die Ihr durch irgend eine Ursache unserer großen und erhabenen Bundesgenossenschaft bisher noch fern geblieben seid.

„So vereinigt Euch mit uns, um in Gemeinschaft unsere Interessen zu fördern, und in Brüderlichkeit das lichte Wiedererwachen des Volks, — die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation, den Geburtstag der Verbrüderung der Arbeiter aller Länder zu feiern. Inmitten unserer Leiden und Entbehrungen haben wir das Recht, uns einen Moment zu erholen, unsere Fortschritte zu bestätigen, uns wie eine Familie darob zu erfreuen, und uns zu dem Kampfe der Erringung einer schöneren Zukunft für uns und unsere Kinder gegenseitig zu stärken.

„Hoch die Vereinigung der Proletarier aller Länder! Hoch der Internationale Arbeiterbund! (Folgt das Festprogramm.)“  
Am 12. November finden hier die Staatsratswahlen statt, und müssen wir trachten, einige Arbeiterkandidaten durchzubringen.

\*) Eine traurige Zusammenkoppelung aus den Schimpfartikeln, welche für die deutsche Bourgeois-Reaktionspresse fabrikmäßig angefertigt worden sind.

\*) Sehr willkommen. R. d. B.

In einer Deutsch-Schweizerischen Arbeiterversammlung, wurde am 15. d. auf J. Ph. Becker's Antrag der Beschluß gefaßt, hier in Gemeinschaft mit anderen Arbeitergesellschaften die Initiative zur Organisation der gesammten Schweizer Arbeiterklasse zu ergreifen, um in der Gemeinde-, Cantons- und Bundesgesetzgebung und Verwaltung, möglichst großen Einfluß auszuüben, und namentlich auf eine Gesamtrevision, d. h. radikale Umgestaltung der Schweizer Bundesverfassung hinzuziele.

Die „Demokratische Zeitung“ in Berlin bringt folgende Erklärung von Bebel:

In Nr. 18 Ihres Blattes bringen Sie die Notiz: „ich wolle im Reichstage über die willkürliche Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Sachsen Beschwerde führen.“

Wir ist das zu thun nie eingewilligt. Was ich thun wollte und gelegentlich auch thun werde, ist: gegenüber den beständigen lamentationen und Denunziationen der „liberalen“ Presse, welche behauptet: die sächsische Regierung behandle die Sozial-Demokratie viel zu schonend, ja unterlässe sie sogar, im Reichstage, auf zahlreiche Thatsachen gedrückt, zu beweisen, daß seit den schmerzlichen Reaktionsjahren zu Anfang der 50er Jahre in Sachsen keine Partei einer härteren Verfolgung und einer reaktionären Auslegung der Gesetze ausgesetzt war wie die sozial-demokratische.

Ich wollte und will dies bei passender Gelegenheit im Reichstage thun, weil ich es hier vor der Öffentlichkeit im weitesten Sinne und unsere Gegner am besten widerlegend thun kann, nicht um „Beschwerde zu führen“. Ich weiß so gut wie irgend Jemand, daß der Reichstag nicht die Macht besitzt — vom guten Willen zu schweigen — einer solchen Beschwerde Abhilfe zu schaffen.

Ich stimme mit Ihnen vollständig darin überein, daß die Seele der reaktionären Bewegung in Berlin hier, es also heisse, Gulen nach Aßen tragen, wolle man von dort Abhilfe erwarten.

Im Jahre 1867 sprach ich bereits im konstituierenden norddeutschen Reichstag aus: die kleinparteilichen Fürsten und Regierungen sind nicht weiter als die Generalgouverneure des Königs von Preußen, — ich habe bis heute keine Ursache das Wort zurückzunehmen.

Sie haben die Güte, diese Zeilen der nächsten Nummer Ihres geschätzten Blattes einzuwerfen. In freundschaftlicher Hochachtung z.

Kaufzig, den 19. Oktober: Wir haben heute auch von einer Beamtenwillkühr zu berichten. Der hiesige Amtmann Böhm

am 23. September den Vorstand des sozial-demokratischen Arbeitervereins, Joh. Krusch, vor Gericht und erkundigte sich, ob der Verein ein Statuten habe, aus wie viel Mitgliedern der Verein bestehe, und was mit dem gesammelten Gelde geschehe. Der Vorstand konnte sich über diese Fragen des Herrn Amtmanns nicht genug verwundern, denn die Statuten waren kurz vor dem Gericht eingereicht worden, und hatte der Verein für deren Befestigung 12 Kreuzgroschen 5 Pfennige Kosten zu bezahlen gehabt. Der Amtmann meinte, Statuten habe er nicht gesehen, sondern nur einen Statutenentwurf. Der Herr Amtmann kann als nicht begreifen, daß ein Statut so lange nur ein Statutenentwurf ist, als die Behörde es nicht bestätigt hat, daß aber der eingereichte Statutenentwurf sofort volle Gültigkeit hat und Statut ist, sobald die Behörde keine Einwendung dagegen zu machen hat. Der Herr Amtmann bewies auch kurz darauf in demselben Gespräch, daß auch er den „Statutenentwurf“ als gültiges Statut betrachte. Er fragte weiter unseren Vorstand: wie oft der Verein Versammlungen habe; dieser antwortete: alle 14 Tage. Da meinte der schlaue Herr Amtmann, das sei eine Statutenverletzung, denn im Statut stehe, es solle alle 8 Tage eine Versammlung sein. Auf Grund dieser Statutenverletzung löse er den Verein auf, und außerdem habe er das Recht, den Vorstand auf Grund des Vereinsgesetzes zu einer Strafe von 1-50 Thalern zu verurtheilen. Wir möchten doch gerne wissen, ob der Amtmann berechtigt ist, so ohne weiteres einen Verein aufzulösen, und ob er uns wegen einer sogenannten Statutenverletzung in Strafe nehmen kann!

(Da Beschwerden wegen Verletzung des Vereins- und Versammlungsrechts von Seiten der Behörden in Sachsen an der Tagesordnung sind, wollen wir den obigen Fall etwas ausführlicher besprechen.)

1) Hat keine Behörde das Recht, zu verlangen, daß sie ein Vereinsstatut erst „genehmige“, ehe es Gültigkeit habe, es ist also auch nicht in der Ordnung, wenn für eine solche „Genehmigung“ Spotteln verlangt werden.

Der §. 18 des Vereins- und Versammlungsgesetzes vom 22. November 1850 bestimmt klar und deutlich:

„Zur Bildung von Vereinen bedarf es keiner Genehmigung.“

Der Vorst. ad hat ferner nach §. 19. über die Bildung des Vereins, Name, Zweck des Vereins, Namen des Vorsitzers und der Beamten innerhalb drei Tagen nach der Gründung der Behörde anzuzeigen, damit ist seine Aufgabe der Behörde gegenüber erledigt.

2) Zu einer Strafanzeige resp. Verhängung von Strafe, weil der Vorstand die statutenmäßig angezeigten Versammlungen nicht abgehalten, hat die Behörde ebenso wenig ein Recht.

§. 21. lautet: „Sind die Zusammenkünfte des Vereins (§. 19.) nicht im Voraus nach Zeit und Ort durch die Statuten bestimmt, oder der Behörde nicht im Allgemeinen zum Voraus angezeigt worden: so ist durch den Vorsitz der Polizeibehörde von jeder Zusammenkunft des Vereins wenigstens 24 Stunden vor dem Beginn derselben Anzeige zu machen.“

„Dasselbe gilt von Zusammenkünften, welche zu anderen Zeiten oder an anderen Orten als im Voraus bestimmt und angezeigt worden war, stattfinden sollen.“

Und der §. 33 besagt:

„Handlungen oder Unterlassungen, welche den Bestimmungen der §§. 2, 4, 8, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 19, 21, 22, 25, 27 des gegenwärtigen Gesetzes zuwider laufen, sind mit einer Geldstrafe von 1-50 Thaler oder mit dreitägigem bis dreimonatlichem Gefängnis zu ahnden.“

Auf §. 33 glaubt sich offenbar der Herr Amtmann stützen zu können, aber sehr mit Unrecht; denn das unter den Unterlassungen die Nichtabhaltung einer statutenmäßig bestimmten Versammlung nicht verhanden ist, sondern nur die Unterlassung der Anmeldung der Versammlungen, dürfte für Jeden, der zu lesen versteht, unzweifelhaft sein. Noch unfindbarer ist, wie der Herr Amtmann dazu kommt, ohne weiteres den Verein aufzulösen. In dem ganzen Gesetz ist nicht ein Wort, das seine Handlungsweise rechtfertigt.

Wir empfehlen den Laufstegen Parteigenossen, sich die Entschuldigungsgründe für die Auflösung schriftlich ausfertigen zu lassen und den Beschwerdeweg, zunächst an die Kreisdirektion, zu betreten; die Antwort auf die Beschwerde aber nicht erst abzuwarten, — denn da könnten sie unter Umständen erst recht lange warten, (wir in Leipzig warten z. B. auf erhobene Beschwerden bereits drei Monate) — sondern ungesäumt mit der Neugründung des Vereins vorzugehen, die Statuten einzureichen, die gewählten Beamten, Versammlungslokale und Tag der Versammlungen anzuzeigen, und frisch für die sozial-demokratischen Prinzipien zu agitieren.

Die Redaktion des „Volkstaat.“

**Thalheim** bei Stollberg, den 18. Oktober. (Ein Konfusionsrath. — Arbeitertend.) Wie Sie vielleicht schon aus den Zeitungen erfahren haben werden, hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Rintow eine Erklärung an seine Wähler vom Stapel gelassen. Es ist noch der alte unveränderliche Fortschrittspolitiker, voll Widersprüche und Begriffsverwirrung, denn wie in aller Welt kommt er dazu uns vorzuwerfen, daß wir die Reaktion durch unsern Fanatismus fördern? Hat er vergessen, daß er mit Hilfe aller reaktionären Elemente den Sieg bei der Wahl davon getragen hat? Wo liegt das reaktionäre Element, etwa in den böhmischen Dörsen? O nein, bei den Arbeitern, denn diese sind so „reaktionär“, daß sie das alte von der uralten Natur geerbte Gesetz der Gleichheit zum Staate und Sittengesetz machen wollen. Er spricht von schweren Kämpfen, welche der liberalen Partei noch bevorstehen, während doch diese Partei schwach und pfotenlos dem Junkertum zu Füßen liegt, und seine Erfolge als heilige Erregungsschichten und große nationale Ruhmesthaten verberichtet, wie er es thut. Gegen wen also könnte der Kampf nur zu führen sein,

als gegen die bösen Sozial-Demokraten, welche in dem höchsten Wahne befangen sind, daß das vermeintliche große und herrliche Vaterland für sie nur eine Schimäre ist, da die Arbeiter sagen können wie einst Christus: wir haben nicht so viel, wo wir unser Haupt hinlegen können? (den Beweis liefert in drastischer, aber schrecklicher Weise, Berlin und andere volkreiche Städte). Mit seiner scharfsinnigen Darlegung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit will ich Sie vernehmen; die Arbeiter kennen genugsam die Theorien aller Geldsackmenschen von heute, welche sich à la Favre zu Vertheidigern von Familie und Eigentum, wie früher von Thron und Altar aufwerfen. Aus allen ihren Ergüssen leuchtet nur die Furcht hervor, daß Eigentum zu verlieren. Als Christus jenen Mann prüfen wollte, ob er reich zum Dienste des Herrn, also zum Christenthum sei, befaß er ihm, sich alles Eigentums zu entäußern, aber hier hing die Angel fest. So auch Ihr. Doch wir wollen gar nicht das Eigentum antasten, sondern uns nur wehren gegen die ungerechte Ausbeutung und Plünderung unseres Eigentums. Wenn Herr Rintow glaubt, daß man durch Einführung von Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und Koalitionsrecht genug für den Schutz des Arbeiters gethan hat, so ist er im gewaltigen Irrthum. Gewerbefreiheit ist für uns gleichbedeutend mit Ausbeutungsfreiheit, oft auch Hungerfreiheit. Freizügigkeit (freier Schuß, denken Sie an Usert!), und wie man das Koalitionsrecht oft illusorisch macht, davon können die Arbeiter hier und da ein Lied singen. Zeigen Sie also immerhin dem Kinde einen schönen Apfel aus dem hohen Baume und reichen ihm keine Leiter denselben zu erstücken, so erweitern Sie nur die Schnur und lassen dieselbe ungeschält. Wir kennen aus Erfahrung die Bourgeois-humanität. Zum Schluß freut es mich noch, daß er selbst glaubt, von den Arbeitern eine feindliche Beurteilung zu erfahren. Jawohl Ihr Herren, die Arbeiter wissen: Eure Wege sind nicht unsere Wege und eure Ziele sind nicht unsere Ziele. Trotzdem will Herr Rintow auch die Interessen der widerwilligen Arbeiter in Berlin mit vertreten; er will also feurige Kohlen auf unser Haupt sammeln auf das Haupt der undankbaren Arbeiter, die so schände seine so seltene Liebe und Geduld verfehlen.

Unsere Arbeitsverhältnisse sind durchaus unerschrocken. Das kleine Gemerbe, meistens Strumpfwirkerlei hat mehrere Male Krisen durchgemacht, und wenn auch jetzt immer vollauf Arbeit ist, ist doch der Lohn im Verhältnis zu den Anstrengungen sehr niedrig, ich kenne Arbeiter, Beleidigte, welche bei 13-14stündiger anstrengender Arbeit nur 2 Thaler und einige Groschen verdienen. Kann da eine Familie bei den theueren Lebensmittelpreisen bestehen? Jeder sind Viele noch so stupid zu glauben, daß das so sein müsse. Wenn sie genug Erdäpfel und Brod haben, um den Magen vollzufüllen, dann stimmen sie das Hoffiana an. Traurig aber wahr. Einige Fabriken, worunter eine Flachspinnerei sind hier, welche den Gebr. Claus gehören. Man arbeitet 14 Stunden, von 5 Uhr früh bis 8 Uhr Abends, rechnet man hinzu den Hin- und Herweg früh, Mittags und Abends, wo die Arbeiter laufen müssen, was die Lunge aushält, so kann man 16 Stunden rechnen. Ist das menschlich? Kann das Arbeitergeschlecht täglich und physisch gelitten bei täglich 14-15stündigen Aufenthalt in einer Atmosphäre voll Schmutz, Staub und anderer schädlicher Miasmen, nur allein um sich des Hungers zu erwehren und das Unternehmerrkapital zu vergrößern? Denn bereits ist von den Gebr. Claus wieder eine Fabrik im Baue begriffen. Wäre da nicht eine Agitation für den Normalarbeitstag am Platze? Arbeiter, erwacht aus Eurer Leihgarde! Später nähere Berichte über die Lohnverhältnisse.

**Breslau.** (Unser Vereins- und Versammlungsrecht). Ein sinnreiches Polizeimanöver. Wenn heute die Polizei von unserer Partei angegriffen wird, so behaupten deren Freunde, sie müsse die Bürger in der Ausübung ihres Rechts schützen. Diesem Grundsatze ganz entgegen handelt die hiesige Polizei, indem sie der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts Hindernisse in den Weg legt. In dem Entwurfe zum preussischen Vereinsrecht vom 11. März 1850 heißt es wörtlich: „der Reich des Menschen sich mit anderen zu verbinden, mit ihnen seine Meinungen über Alles das auszutauschen, was ihn bewegt, sich mit ihnen zu verbinden, wo die Kraft der Einzelnen nicht ausreicht, um gewisse Zwecke zu erreichen, ist ein angeborener, so natürlich wie das Sehen und Sprechen.“ Dies sagte eine exzeptionäre Kammer. Aber trotz der neulich von Abgeordneten Vamberger vor seinen Wählern ausgesprochenen Behauptung von den Vortheilen, die uns der, so drückte sich der werthe Herr aus: arbeits-samste(?) Reichstag\*\*) verschafft haben soll — trotz der weiteren Behauptung dieses Herrn, daß der Kaiser-König das Rechtsbewußtsein des Volkes anerkennt, genießen wir hier weder Bortteile, noch hat sich auf die hiesige Polizei, die das allerhöchste Vertrauen besitzt, jenes Rechtsbewußtsein übertragen. Die Beeinträchtigung der Polizei besteht darin, daß sie die Birtze zu bestimmen sucht, nachdem sie uns einmal ihr Vokal gegeben haben, dasselbe uns nicht mehr zu überlassen, und herrscht in Folge dessen hier eine große Noth. Die Mittel sind folgende: Die Polizei sucht mit ihrer Kanzleibereitsamkeit den Wirth zu überzeugen, daß er eine sehr gefährliche Gesellschaft bei sich habe, die alles mit Petroleum niederbrenne — denn die Sozial-Demokraten verfügen ja nicht über Brandrafeten, um, wie unsere Gegner, zum Ruß und Frommen des Thrones und dessen Dienerschaft Städte einzuzüchern. — Ein anderes Mittel ist die Einschließung und zwar die durch die Polizeistunde. Bei uns im Lande der Knaf, Bangemann, Wächern und Konjorten, darf nach einer vorläufigen Verfügung des Ministers, welche in neuerer Zeit wieder eingeschärft wurde, nach 11 Uhr in öffentlichen Lokalen Nichts mehr ausgehen werden. Wer nun ein geforderter Unterthan ist und nach dem Spruchwort handelt: Gehoriam ist die erste Bürgerpflicht, kann die ganze Nacht hindurch schlafen. Wenn aber Einer ist, der glaubt, nicht der Polizei blind gehorchen zu müssen, so wird ihm bald eine andere Ueberzeugung beigebracht. Nach 11 Uhr wird bei ihm revidirt, schenkt er noch aus, so muß er die Ueberhülle des Militäretats bedenken helfen, d. h. er muß Strafe zahlen. Das ist „Gleichheit vor dem Gesetze.“ Das ist der neubegründete Lafter-Schulze-Dambergische „Rechtsstaat.“ (Fortsetzung folgt.) R. K.

**Aus Wäucher-Glabbach** haben wir folgenden „Ausruf an alle Arbeiter Deutschlands“ erhalten, den wir uns verpflichtet glauben, mit Weglassung des schon Bekanntem, seinem vollen Umfange nach mitzutheilen:

Brüder! Neun der größten Fabriken von Wäucher-Glabbach sind gezwungen worden, die Arbeit einzustellen!

Wir sind strenge Sozialisten und sind unsern Prinzipien gemäß Gegner der organisierten Strikes, wenn sie als soziales Mittel, welches zur Lösung der sozialen Frage, zur dauernden Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes führe, sollen dargestellt werden, weil wir, als Sozialisten, wissen, daß dies eine Täuschung des Volkes ist und daß Arbeitseinstellungen diesen großen und durchgreifenden Zweck nicht erreichen können; daß wir uns vielmehr aus den sozialen Fesseln, die uns, unter dem Joch des eheernen ökonomischen Lohngesetzes, zur Waare herabwürdigten, nur durch völlige Aufhebung der Lohnarbeit und Gründung der auf dem Kredit des freien demokratischen Staates beruhenden großen Productiv-Assoziationen erlösen können. Wir täuschen uns also nicht über die Tragweite der sozialen Erfolge der Strikes, aber wir wissen auch, daß es Fälle gibt, in denen die Arbeitsniederlegung, als letzte Waffe der gedrückten Arbeiter, ihre volle Berechtigung hat, das ist, wenn dieselbe zur politischen Nothwendigkeit geworden ist. Es giebt einen Grad der Bedrückung, den der Mensch, so lange es noch nicht gelungen ist, jede Regung der menschlichen Würde, des menschlichen Rechtsgefühls in ihm zu erlösen, nicht zu dulden vermag und nicht dulden darf. Denn nicht genug, daß wir nicht mehr im Stande sind, bei der härtesten Arbeit auch nur das elendeste Leben zu fristen; nicht genug, daß wir unsere Familien hungern und frieren, in Krankheit ohne Hilfe sehen; daß wir unsere Kinder in früher Jugend, wo sie noch der körperlichen Pflege, frischer Luft, Bewegung, der Aussicht und geistigen Ausbildung bedürftig, in die Fabriken treiben müssen und so auch die künftigen Arbeiter-Generationen körperlich und geistig vergiften; nicht genug mit diesem täglichen Kampfe um Fortschritt des elendesten Lebens, auch unsere Geister sollen geknechtet werden! Es heißt, alle Menschen sind heute gleich vor dem Gesetze, alle

\*) Durch Schweigen? R. d. B.

\*\*) Könnten die Freunde in Geheim nicht etwas thun? R. d. B.

\*\*\*) Herr Vamberger wird sich des deutschen Sprichwortes erinnern: Eigenlob frucht.

haben gleiche politische Rechte. Ja, aber diese Rechte, sie stehen für die Arbeiter noch immer nur — auf dem Papier! — Die Arbeiter, welche dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein angehören, die sich an Volksversammlungen beteiligen und dort ihre Stimme für das heilige Recht der Arbeiter erheben, oder die sich gar erlauben wollen, frei das Wahlrecht auszuüben, anstatt als Stimmloch zu dienen, sie werden — aus der Arbeit entlassen — sie behalten ja das Recht der Wahl zwischen dem Hungertode, — (denn sie werden überall als Wähler bezeichnet und verwendet) und der blinden Unterwerfung, dem Verzicht auf die Ausübung aller politischen Rechte, auf jede politische Ausbildung und — durch diesen Verzicht auch auf jede Hoffnung besserer Zukunft, denn nur die Erkenntniß und Ausübung unserer Rechte können uns zur Freiheit führen!

So sieht es hier, und die liberale Partei legt gleichfalls ihr ganzes Gewicht in die Waagschale der Kapitalmacht, um uns noch tiefer herabzudrücken. Wir haben uns zur Abwehr dieser Knechtung erhoben und treten in diesen schweren Kampf mit dem Muthe der Verweigerung und dem Bewußtsein, für die heiligsten Rechte der ganzen Menschheit zu kämpfen. In den Fabriken von Wäucher-Glabbach und Umgegend besteht bis jetzt eine 14stündige Arbeitszeit von sechs Uhr Morgens bis acht Uhr Abends, nur mit einer Stunde Unterbrechung, welche uns zum Mittagessen vergönnt ist. Der Durchschnittslohn für diese 14stündige Arbeit besteht kaum in 15 Groschen per Tag, also 3 Thaler die Woche. Bei der in Wäucher-Glabbach herrschenden Wohnungsnoth und den hier wachsenden Miettpreisen sind die Arbeiter juristisch gedrängt in die umliegenden Dörfer und die meisten derselben haben stundenweit zu gehen, um in die Fabriken zu gelangen; die täglich zunehmende Theuerung der Lebensmittel, der Kleidung wie des Feuerungsmaterials, macht es geradezu unmöglich, daß der Arbeiter mit dem jetzigen Lohn irgendwie bestehen und seine Familie nur vor dem Hungertode sichern könnte.

Wir verlangen nur die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 13 Stunden mit nur im Ganzen 2 Stunden Essenszeit für sämtliche Realitäten für die weit entfernt wohnenden Arbeiter, und eine Erhöhung des Lohnes, so daß der Durchschnitts-Wochenlohn sich auf mindestens 4 Thaler 15 Groschen stelle! Und wir begehen außerdem nur noch das Aufheben der Bist für in den Straßen und Abzügen, indem wir diese nach festen Regeln geordnet und in eine Arbeiter-Unterstützungskasse abgeführt wissen wollen; sobald die Wahl der Meister durch die Arbeiter, die Abschaffung der regelmäßigen Sonntags- und Kinderarbeit, endlich aber das Aufheben der Arbeitsentlassung aus politischen Gründen! Alle diese Forderungen sind der Art, daß sie an allen anderen größeren Fabriorten außerhalb Glabbachs bereits längst bewilligt sind! (??)

Diese Forderungen sind, wie jeder Mann einsehen muß, von der äußersten Billigkeit, wenn man erwägt, daß Wäucher-Glabbach und die Rheinprovinz eine der theuersten Gegenden in ganz Deutschland für den Lebensunterhalt der Arbeiter ist.

An Euch, Arbeiter Deutschlands, ergeht nun der Ruf Eurer Brüder in Wäucher-Glabbach! Wir sind entschlossen, diesen Kampf, zu welchem man uns zwingt, wie Männer, die wissen, was sie wollen, zu bestehen und unsere äußersten Kräfte aufzubieten! Aber wir brauchen Hilfe! und zwar schnellige Hilfe!

Ihr werdet eingedenk sein, daß Noth und Kampf uns Allen gemeinsam sind und daß unsere Befreiung die gemeinsame Sache ist, für welche wir — Alle für Einen und Einer für Alle — einstehen müssen; daß wir vereinzelt Nichts sind — Nichts können, daß aber in unserer festen Verbrüderung, in unserer Einheit, im großen Arbeiterbunde die unüberwindliche Macht liegt, die alle Hindernisse siegreich durchbrechen muß! Eure Beiträge bitten wir an den Kassirer des Strik-Komitees Johann Wilhelm Pfeiffer in Wäucher-Glabbach (Rheinprovinz) Mühlentrafte 22 zu senden, welcher in der „Freien Zeitung“ über den Empfang jedes Beitrages quittiren, auch jeden Beitragenden Quittung und Abrechnung zu stellen wird. Vergesst nicht, Arbeiter, daß wir für das heiligste Menschenrecht kämpfen, daß unser Kampf ein politischer ist und wir seit Jahren mit Wort und That der Lösung treu geblieben sind und bleiben werden: Hoch lebe Ferdinand Lassalle!

Hoch das heilige Recht der Arbeit!  
Hoch der einige Bund der Arbeiter!  
Wäucher-Glabbach, 15. Oktober 1871.

Das Komitee der streikenden Arbeiter Wäucher-Glabbachs.

Im Auftrage: J. W. Kuck's, Vorsitzender.

Joh. Wilh. Pfeiffer, Kassirer.

NB. Vor Zuzug von Webern wird gewarnt.

**Rippes**, den 22. Oktober. In Anbetracht der Thatsache, daß die Lage der Arbeiter in hiesiger Central-Werkstatt eine sehr gedrückte und fast unerträgliche ist, hat die heutige Arbeiterversammlung, aus Arbeitern der Central-Werkstatt zu Rippes zusammengesetzt, beschlossen, ihre Lage insoweit zu verbessern, als sie der Direction der Rhein-Werksbahn-Gesellschaft, folgende Bedingungen zur Berücksichtigung resp. Bewilligung zu unterbreiten die Ehre hat:

Die Arbeiter der Central-Werkstatt zu Rippes fordern:

1) Die Ermäßigung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Frühstücks- Mittags- und Bedberzeit bleiben nach wie vor dieselben, die Arbeitszeit beginnt um sechs Uhr Morgens und endigt um sechs Uhr Abends; Samstags um fünf Uhr.

Etwaige Ueberstunden an Sonn- und Feiertagen werden doppelt bezahlt.

2) Eine Lohnerhöhung von 25 Prozent.

Eine Regulierung der Affordage in der Weise, daß jedes Stück um 25 Prozent höher bezahlt wird wie bisher.

Regulierung der Krankenkasse.

Wegfall sämtlicher Strafen, welche bisher in Geld bestanden.

Bei Auszahlung des Lohnes Verabfolgung eines Lohnzettels und zwar so, daß aus demselben ersichtlich ist, wie viel der Arbeiter in Afford und wie viel er in Lohn verdient hat.

Eine humanere und würdigere Behandlung der Arbeiter seitens ihrer Vorgesetzten als: Ober-Rathhausemeister, Werkführer, Vorarbeiter. Wir sind nicht länger geünten und einer so schmachvollen und tyrantischen Behandlung seitens unserer Vorgesetzten zu fügen: Wir sind und wollen freie Deutsche bleiben und lassen uns bei unserer treuen Pflichterfüllung nicht das mindeste Unrecht gefallen, wie dies bisher geschah.

Das unterzeichnete Komitee, von uns selbst gewählt und eingesetzt, beantragt wir hiermit, unsere Interessen bei der Direction auf gerechte Weise zu vertreten. Als korrespondierendes Mitglied bestimmen wir Herrn Wyzla, welcher etwaige Zusendungen von der Direction zu empfangen, resp. dieselben zu beantworten hat. Eine nicht sofortige Beantwortung dieses unseres Gesuches werden wir als Nichtbewilligung unserer gerechten Forderungen ansehen, und Alle die Arbeit am künftigen Mittwoch (also den 25. Oktober) niederlegen.

Parteigenossen aller Gewerke! Da der Strike hier jedenfalls ausbricht, so sucht nach Möglichkeit jeden Zuzug der betreffenden Handwerker abzuhalten, auf ein siegreiches Ende haben wir Aussicht, wenn nur kein Zuzug von auswärtig unsere schon schlimme Lage nicht noch mehr verschlimmert.

Mit social-demokratischem Gruß.

Das Komitee,

Johann Wyzla, Vorsitzender.

**Kassel.** (Fanatismus.) Auf Wunsch einiger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins sowie unserer engeren Parteigenossen, um womöglich eine Einigung zu erzielen, wurde am 16. d. eine allgemeine Arbeiterversammlung abgehalten. Unsere jetzt noch kleine Partei hatte eine starke Anzahl von Mitgliedern des oben genannten Vereins in Gegenwart; jedoch wurden bei der Wahl eines Bureau's von ihrer Seite die Vorschläge zurückgewiesen, und unsererseits C. Zuch zum Vorsitzenden und Unterzeichner zum Schriftführer gewählt. Alles Hinzuliegen auf Einigung war erfolglos; es betheiligten sich von uns 3, von den übrigen Anderen 7 an der Debatte. Es ging sehr lebhaft zu, und wena uns nicht die Pflicht oblag, denen, die ihrer sozialen Bildung durch Ruhestören und lautes Ausschreien ein ehrenvolles Zeugniß ausgeföhrt haben, unsern Dank abzusprechen, so würden wir die Spalten unseres Organs mit diesem Bericht verpönten haben. Fahet nur fort mit Eurem Tumult, man ist es von einem Zell-Curer Mitglieder schon lange nicht besser gewöhnt.

D. Franke, Figartenrad.

\*) Es wäre doch wohl gut, auch in denselben Blättern zu quittiren, welche den Ausruf der Wäucher-Glabbacher Strikenden aufgenommen haben. R. d. B.

\*) Bei der nächsten Wahl werden wir mit Herrn Rintow mündlich über sein sonderbares Nachwort verhandeln. R. d. B.

